



Stadtverwaltung  
Eisenach  
Herr Oberbürgermeister  
M. Doht

Eisenach, den 08.03.09

**Anschrift:**  
**DIE LINKE.**  
Stadtratsfraktion  
Georgenstraße 25

**09.03.2009**

**928-55/2009**

**146T**

**Antrag:**

**Verweisung HFA:**

HFA 7/0/0  
Stadtrat 23/0/3

Gegenstand:

Mindestlöhne in städtischen Gesellschaften und bei städtischen Anteilseignerschaften

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

sich dafür einzusetzen, dass bei der Stadtverwaltung, bei stadteigenen Unternehmen, sowie bei Unternehmen an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist, Löhne gezahlt werden, die mindestens 7,50 Euro Brutto Stundenlohn betragen.

**Begründung:**

Thüringenweit arbeiten inzwischen 25 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Das bedeutet, dass durchschnittlich der Bruttostundenlohn der Betroffenen bei 5,22 Euro liegt. Dies ist für uns nicht akzeptabel. Auch Eisenacher Erwerbstätige sind von dieser Situation betroffen.

Die Stadt Eisenach als mittelbarer und unmittelbarer Arbeitgeber und als wichtiger Auftraggeber in der Region sollte eine Vorreiterrolle übernehmen.

Eisenach sollte sich selbst verpflichten, Löhne zu zahlen, mittels derer Arbeitnehmer über ein Haushaltsnettoeinkommen verfügen, was ihnen ein Leben ohne zusätzliche staatliche Unterstützung ermöglicht: Der durch Arbeit erworbene Lohn muss ausreichen, um laufende Lebenshaltungskosten decken zu können.

Erfahrungen in europäischen Nachbarländern, die einen Mindestlohn eingeführt haben (18 von 25 Länder), zeigen, dass Sozialdumping verhindert werden kann, die gewerkschaftliche Vertretung der Arbeitnehmerinnen gestärkt wird und die Binnenwirtschaft gekräftigt wird. Gerade Klein – und Mittelständige Unternehmen profitieren von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohn, da ein Wettlauf um Aufträge durch Lohnsenkung wirksam verhindert wird.

Karin May  
Fraktionsvorsitzende

Uwe Schenke  
Stadtrat